

10. Februar 2021

Postulat

von Martina Novak (GLP)
und Marion Schmid (SP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in einer wissenschaftlichen Studie eruiert und aufgezeigt werden kann, welche (Folge-)Kosten entstehen, wenn die in der Fachplanung Hitzeminderung vorgesehenen Handlungsansätze und in der zugehörigen Umsetzungsagenda vorgesehenen Massnahmen nicht umgesetzt werden.

Begründung:

Die Fachplanung Hitzeminderung und die zugehörige Umsetzungsagenda bieten eine breite Palette an Handlungsansätzen und Massnahmen, um die negativen Auswirkungen der durch den Klimawandel ausgelösten steigenden Temperaturen für die Bevölkerung abzufedern. Neben einer Reduktion der Treibhausgasemissionen, sind Anpassungen an den Klimawandel, wie sie die Fachplanung Hitzeminderung vorsieht, eine tragende Säule: Sie helfen um Überhitzung in der Stadt zu mindern, die Gesundheit der Bevölkerung aktiv zu schützen und eine gute Lebensqualität zu erhalten. Die Umsetzung dieser Handlungsansätze und Massnahmen ist mit Kosten in mehrstelliger Millionenhöhe verbunden. Diese können nicht bis ins Detail ausgewiesen werden, was Anlass zur Diskussion gibt. Gleichzeitig zeigen zahlreiche Studien, dass Kosten von Weiter-wie-bisher-Szenarien (sogenannte «costs of inaction») die Kosten von Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen um ein Vielfaches übersteigen. Die Umsetzung der Fachplanung Hitzeminderung und die dadurch entstehenden Kosten sind im Gesamtkontext zu beurteilen. Entsprechend müssen die durch die Klimaerwärmung in der Stadt zu erwartenden Folgekosten (wie z.B. Gesundheitskosten, Infrastrukturkosten, Kosten für die städtische Wirtschaft durch Arbeitsausfälle etc.) eruiert werden. Nur so ist eine Gegenüberstellung der beiden Szenarien und damit eine fundierte Beurteilung der jeweiligen Kosten möglich.





Antrag auf gleichzeitige Behandlung mit der Weisung 2020/78 «Fachplanung Hitzeminderung» und zugehöriger Umsetzungsagenda 2020–2023